



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

8. Sitzung vom 22. Juni 2009

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 - 22.10 Uhr

Leitung: A. Braun

Anwesend: 37 Mitglieder

Abwesend: F. Dietiker, M. Hopf, J. Wunderer

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 7. Sitzung vom 27.4.2009 ist genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Albert Braun

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten

A. Braun: Bedauerlicherweise haben vier Mitglieder ihre Demission auf Ende Juni eingereicht, nämlich Sabine Cron, Barbara Gürler, Esther Kohl und Stephan Zürcher. Sie werden an Schluss der Sitzung verabschiedet. Die Ersatzwahlen in die GRPK sind traktandiert, jene für die BPK erfolgt auf Wunsch der FDP-Fraktion an der August-Sitzung. In Anbetracht der langen Traktandenliste, verzichtet er auf eine musikalische Einlage. Stattdessen hörten diejenigen, welche am Ausflug dabei waren, auf dem Siloturm eine Solojodlerin.

Mitteilungen aus dem Büro: Mehrere ins Auge gefasste Termine für eine Informationsveranstaltung zur Ortsplanungsrevision kamen nicht zustande. Daher wurde beschlossen, auf den Anlass zu verzichten. Die Mitglieder der BPK können ihre Fraktionen ausreichend orientieren. Überdies ist Gemeinderätin Agathe Schuler auf Wunsch bereit, diesbezüglich Auskunft zu geben.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

- Postulat SP vom 18.6.2009: Mehr Sicherheit bei den Schulhäusern; Gesch. Nr. 56
- Interpellation SP vom 19.6.2009: Stand und Zukunft der familienexternen Kinderbetreuung; Gesch. Nr. 57

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

A. Braun kündigt an, dass während dem Auszählen der Stimmzettel der Gemeinderat über den aktuellen Stand von zwei laufenden Geschäften informieren wird.

Traktandenliste	Gesch. Nr.
1. Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009: Wahl des Präsidiums für das Amtsjahr 1.7.2009 - 30.6.2010	51
2. Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009: Wahl des Vizepräsidiums für das Amtsjahr 1.7.2009 - 30.6.2010	52
3. Antrag des Gemeinderats vom 26.5.2009: Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012	49
4. Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009: Ersatzwahl von drei Mitgliedern und eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012	50
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats 21.4.2009 und Bericht / Antrag der GRPK vom 4.6.2009: Jahresbericht 2008	40
6. Zweiter Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 3.6.2009: Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege	19b
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats 28.4.2009: Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 1,25 Mio. für Abwasserleitungsbauten an der Tiefengrabenstrasse	53
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009: Investitionsausgabe von CHF 580'000 für einen Generalplanerauftrag zur Sanierung der Sekundarschulanlage Spiegelfeld Nord und der Aula	54
9. Stellungnahme zur Volksinitiative / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009: Formulierte Volksinitiative: Primarschule im Quartier	38
10. Diverses	

Zurückgestellte Traktanden für die August-Sitzung:

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009: Teilzonenplan mit Teilzonenreglement und Baulinienplan Kronenmatten	30
Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009: Pendente parlamentarische Vorstösse (Rückständebericht)	48
Interpellation SVP vom 20.3.2009: Binninger Wahlbüro Schriftliche Antwort des Gemeinderats	42
Interpellation SP vom 27.4.2009: Verlegung des Tai Chi's in den Schlosspark Antwort des Gemeinderats	47

Traktandum 1**Gesch. Nr. 51**

Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:

Wahl des Präsidiums für das Amtsjahr 1.7.2009 - 30.6.2010

FDP: G. Metz: Seine Fraktion würde es freuen, wenn Markus Ziegler, welcher im vergangenen Amtsjahr das Vizepräsidium ausübte, nun das Präsidium übernehmen dürfte.

Keine weiteren Wahlvorschläge.

://:	Als Präsident für das Amtsjahr 2009/10 wird, bei einem absoluten Mehr von 17 Stimmen, mit 32 Stimmen gewählt: Markus Ziegler, FDP
-------------	--

FDP: M. Ziegler dankt für das gute Resultat und erklärt Annahme der Wahl. Er hofft, dass er die wichtigen anstehenden Geschäfte auf konstruktive Weise zum Abschluss bringen kann.

Traktandum 2**Gesch. Nr. 52**

Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:

Wahl des Vizepräsidiums

CVP: L. Metzger nominiert für dieses Amt Alex Achermann. Er ist seit 1996 Ratsmitglied, war während fast einer Amtsperiode GPK-Mitglied und ist seit 1999 Mitglied der BPK, davon während einer Amtsperiode als deren Präsident. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Von Beruf ist er Jurist und arbeitet als zweiter Landschreiber beim Kanton. Somit ist er bestens qualifiziert für das Vizepräsidium.

Keine weiteren Wahlvorschläge.

://:	Als Vizepräsident für das Amtsjahr 2009/10 wird, bei einem absoluten Mehr von 18 Stimmen, mit 34 Stimmen gewählt: Alex Achermann, CVP
-------------	--

CVP: A. Achermann bedankt sich für das Vertrauen und ist gern bereit, den Präsidenten nach Kräften zu unterstützen.

Vizepräsident M. Ziegler benützt die Gelegenheit, dem abtretenden Präsidenten Albert Braun für den geleisteten Einsatz in den vergangenen zwölf Monaten zu danken.

Traktandum 3**Gesch. Nr. 49**

Antrag des Gemeinderats vom 26.5.2009:

Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

Präsident A. Braun: Der ausscheidenden Präsidentin Doris Fähndrich wird für ihre langjährige Tätigkeit an dieser Stelle herzlich gedankt. Sie gibt ihr Amt auf, weil sie von Binningen wegzieht.

Eintreten:

SP: S. Zürcher ist in der Lage, eine junge und sehr motivierte Dame für seine Fraktion vorzuschlagen. Patricia Kaiser wird Jus studieren. Sie engagierte sich bereits im Jugendparlament und für verschiedene Projekte, besonders solche der Entwicklungs-Zusammenarbeit und für die Menschenrechte.

://: Als Mitglied des Wahlbüros wird Patricia Kaiser, SP, für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012 in stiller Wahl gewählt.

Traktandum 4**Gesch. Nr. 50**

Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:

Ersatzwahl von drei Mitgliedern und eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012Eintreten:

Grüne/EVP: R. Bänziger schlägt Anand Jagtap als ordentliches Mitglied vor. Er hatte im letzten Amtsjahr Gelegenheit, sich mit den Abläufen im Parlament vertraut zu machen. Als Leiter des Stabs Kommunikation im eidgenössischen Personalamt hat er beruflich auch mit der Bundespolitik zu tun.

SP: S. Zürcher empfiehlt Daniela Migliazza als seine Nachfolgerin in der GRPK. Sie war bisher Stellvertreterin in der Kommission. Diese Funktion soll Gaida Löhr übernehmen, welche ab August wieder im Rat Einsitz nimmt.

SVP: C. Schaub: Urs Weber, bisheriges Ersatzmitglied, soll ordentliches Mitglied für die austretende Esther Kohl werden.

://: Als Mitglieder der GRPK für die restliche Amtsperiode werden in stiller Wahl gewählt:
Anand Jagtap, Grüne/EVP
Daniela Migliazza, SP
Urs Weber, SVP

Präsident A. Braun weist auf den Beschluss des Büros hin, wonach nur Mitglieder wählbar sind, die bereits im Rat sind. Die Wahl der beiden Ersatzmitglieder wird deshalb bis zur August-Sitzung zurückgestellt.

Traktandum 5**Gesch. Nr. 40****Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.4.2009 und Bericht / Antrag der GRPK vom 4.6.2009:****Jahresbericht 2008**

GRPK-Vizepräsident G. Metz: Wie unter Punkt 1.1 im Bericht erwähnt, blieben erfreulicherweise die Steuereinnahmen 2008 im erwarteten Rahmen. Die günstigen Steuersätze müssen wenn immer möglich beibehalten werden, zählen sie doch zu den positiven Standortfaktoren der Gemeinde. Auch die Situation der Pensionskasse wurde diskutiert, welche Ende Jahr einen Deckungsgrad von 75,5 % aufwies. Die Deckungslücke beträgt für Binningen 15,6 Mio. Franken. Ein Teil wird auf die Arbeitnehmenden abgewälzt werden. Das Manko wird jedoch die Gemeindekasse auch in den nächsten Jahren belasten. Besonderes Augenmerk hat die GRPK auf das Einweihungsfest im Schlosspark gerichtet (Pt. 2.4.1). Wie dargelegt hat der Gemeinderat seine Kompetenzen gleich zweimal überschritten. Die Prüfungskommission hat beschlossen, dass eine Subkommission sich vertieft und grundsätzlich mit dem Kulturfonds befassen soll, bevor eine Aufstockung in Betracht gezogen wird. Auf die Umsetzung der drei formulierten Empfehlungen legt die GRPK grossen Wert. Die Anträge der GRPK weichen bezüglich zwei Positionen von jenen des Gemeinderats ab. Zum einen erscheint ein Verweis an den Gemeinderat wegen der Kompetenz- bzw. Kreditlimitenüberschreitung gerechtfertigt. Zum anderen soll der Kulturfonds nicht erhöht werden, bis die erwähnten Abklärungen vorliegen. Der Betrag von CHF 113'408 Franken soll stattdessen für Vorfinanzierungen verwendet werden.

Eintreten:

FDP: S. Kaiser: Den guten Rechnungsabschluss hat seine Fraktion gerne zur Kenntnis genommen. Positiv ist auch, dass der Selbstfinanzierungsgrad wieder über 100 % beträgt. Im Hinblick auf die Finanzkrise ist es besonders wichtig, dass mit dem Geld haushälterisch umgegangen wird. Bezüglich Defizit in der Pensionskasse ist aus Sicht der FDP derzeit nichts zu unternehmen, zumindest so lange der Kanton nicht Stellung genommen hat. Erfreulich ist, dass offenbar die Kontrollmechanismen der GRPK funktionieren und das Fehlverhalten in Sachen Kulturfonds aufgedeckt wurde. Anzumerken ist jedoch auch, dass der Gemeinderat zum Fehler steht. Seine Fraktion unterstützt alle Empfehlungen und Anträge der GRPK.

SP: S. Brenneisen: Das gute Ergebnis freut auch seine Fraktion, ebenso dass erneut Rückstellungen zur Vorfinanzierung der Grossprojekte möglich sind. Das ist nicht zuletzt der Umsicht der Verwaltung zu verdanken. Eine andere Einschätzung hat die SP was die Eventualverpflichtungen betreffend Pensionskasse angeht. Hier sollten vorausschauend Massnahmen geprüft werden, um eine zeitlich gestaffelte Sanierung zu erreichen. Folgende Aspekte sind im Bericht positiv aufgefallen: Die Zunahme der Besuche des Robi-Spielplatzes, die grosse Nachfrage für SBB-Tageskarten, auch das Angebot der betrieblichen Sozialarbeit wird in Anspruch genommen. Bedauerlich ist, dass keine Praktikumsplätze mehr angeboten worden sind sowie dass Kleinkinder immer noch bis zu 15 Monaten auf einen Betreuungsplatz warten müssen sowie dass das Weiterbildungs-Budget für Mitarbeitende nicht ganz ausgeschöpft worden ist.

Grüne/EVP: B. Gürlér dankt der Verwaltung und trotz seiner Verfehlung auch dem Gemeinderat für die umsichtige Arbeit. Beweis dafür ist, dass bei diversen Positionen weniger als geplant ausgegeben worden ist. Auch ihre Fraktion befürchtet, dass bezüglich Pensionskasse noch grosse finanzielle Verpflichtungen auf die Gemeinde zukommen und erhöhte Aufmerksamkeit angebracht ist. Trotz der angespannten Wirtschaftslage soll nicht übertrieben gespart werden; vielmehr ist innovatives Handeln gefragt sowie Investitionen in sinnvolle, nachhaltige Projekte. Dem dritten Antrag wird ihre Fraktion nicht zustimmen. Der Kulturfonds soll weiterhin bestehen bleiben und aufgestockt werden. Kulturförderung ist ebenfalls eine Aufgabe der Gemeinde und Feste gehören dazu.

SVP: C. Anliker: Dass der Gemeinderat die Reglementsbestimmungen nicht eingehalten hat, stösst seiner Fraktion sauer auf. Die Empfehlungen sind deshalb unbedingt zu beachten. Er plädiert für Annahme der GRPK-Anträge.

CVP: L. Metzger: Einmal mehr hat die Rechnung besser abgeschlossen als befürchtet werden musste. Die Steuereinnahmen blieben innerhalb der Erwartungen. Dank der Änderung des Finanzreglements liegt der Selbstfinanzierungsgrad im grünen Bereich, und dies ohne Steuererhöhung. Dennoch wird seine Fraktion die Ausgaben weiterhin kritisch betrachten. Den Anträgen der GRPK wird zugestimmt.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Keller* akzeptiert den Verweis, entsprechende Gegenmassnahmen wurden bereits ergriffen. Jedes Geschäft wird laufend überwacht, so dass keine Überschreitungen mehr möglich sind. Zur Pensionskasse: Massnahmen sind auch hier unabdingbar. Alle Gemeinden im Kanton sind betroffen, gewisse wird es noch viel härter treffen als Binningen. Der Gemeinderat ist entschlossen, sich aktiv für verträgliche Lösungen einzusetzen. Die Grüne/EVP-Fraktion fordert die Exekutive zu innovativem Handeln auf, damit die Wirtschaft in Schwung bleibt. Dieses Ziel will auch der Gewerbeverein anlässlich seiner nächsten Ausstellung umsetzen. Der Gemeinderat wird ihn dabei tatkräftig unterstützen.

Detailberatung

Präsident A. Braun weist darauf hin, dass er bei den Anträgen eine Umstellung vornimmt, da die Ergebnisverwendung Auswirkungen auf weitere Beschlüsse hat. Deshalb wird zuerst über die Nicht-Aufstockung des Kulturfonds abgestimmt.

GRPK-Vizepräsident G. Metz betont, dass es dabei nicht um eine Strafaktion geht. Da Sinn und Zweck des Kulturfonds grundsätzlich hinterfragt werden sollen, macht es derzeit keinen Sinn, den Fonds aufzustocken. Die vorgesehenen Ausgaben können auch mit dem verbleibenden Geld bestritten werden.

://: Dem GRPK-Antrag 3, wonach der Kulturfonds nicht um CHF 113'408 aufgestockt und der Betrag als Einlage für Vorfinanzierungen verwendet werden soll, wird mit 25 Ja, 7 Nein bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Präsident A. Braun lässt als Nächstes über die Ergebnisverwendung abstimmen.

Abstimmung: grossmehrheitliche Zustimmung

://: Ergebnisverwendung: Die Verwendung des Bruttoüberschusses 2008 von CHF 5'582'028 wird wie folgt genehmigt (Zahlen gerundet):

Zusätzliche Abschreibungen	CHF	11'273'207
Einlage in Vorfinanzierungen		3'853'409
Zuweisung an das Eigenkapital		614
Entnahme aus Vorfinanzierungen		9'545'202

://: Die Leistungsberichte werden einstimmig genehmigt.

Präsident A. Braun weist darauf hin, dass sich der erste Beschluss auch auf die Globalrechnung bei der Position Kultur, Freizeit, Sport auswirkt.

Abstimmung: einstimmige Annahme

://: Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 40'628'762 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2'481'161
Steuern		316'042
Gesundheit		4'261'143
Kultur, Freizeit, Sport		3'195'794
Bildung		13'263'745
Öffentliche Sicherheit		764'729
Soziale Dienste		10'867'808
Verkehr, Strassen		3'940'811
Versorgung		661'045
Raumplanung, Umwelt		876'485

Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 40'629'376 werden genehmigt.

Die Laufende Rechnung 2008 wird mit Aufwendungen von CHF 75'790'761, Erträgen von CHF 75'791'375 und einer Ertragsüberschuss von CHF 614.— genehmigt.

Ergebnisverwendung: Die Verwendung des Bruttoüberschusses 2008 von CHF 5'582'028 wird wie folgt genehmigt (Zahlen gerundet):

Zusätzliche Abschreibungen	CHF	11'273'207
Einlage in Vorfinanzierungen		3'853'409
Zuweisung an das Eigenkapital		614
Entnahme aus Vorfinanzierungen		9'545'202

Folgende Abrechnungen über eine Investitionsausgabe werden direkt beschlossen:

Neue öffentliche WC-Anlage am Kronenplatz	CHF	133'330.65
Diverse Strassendeckbeläge, Nettoaufwendungen		251'825.75
Fahrzeuersatz Werkhof 2008		152'144.75
Fahrzeuersatz Werkhof 2007		297'937.75
Fahrzeuersatz Feuerwehr 2006		147'766.00

Die Bestandesrechnung mit Aktiven von CHF 49'066'866 und Passiven von CHF 49'066'252 wird genehmigt.

Die Investitionsrechnung 2008 mit Ausgaben von CHF 13'528'026, Einnahmen von CHF 2'263'240 und Nettoinvestitionen von CHF 11'264'786 wird zur Kenntnis genommen.

SP: S. Zürcher erwähnt, dass der Gemeinderat selber öffentlich auf die Überschreitung hingewiesen hat. Die GRPK hat dies nicht zur Kenntnis genommen bzw. überhört.

SVP: U.-P. Moos merkt an, dass der Gemeinderat erst aufgrund einer Anfrage seiner Fraktion Auskunft zum Einweihungsfest gab.

Mit 25 Ja, 7 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Aufgrund der Überschreitung seiner Kompetenzen bezüglich Bewirtschaftung des Kulturfonds wird dem Gemeinderat (gem. § 27 Finanzreglement) ein Verweis erteilt.

Traktandum 6**Gesch. Nr. 19b**

Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 3.6.2009:

Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege

BPK-Präsident W. Müller rekapituliert: Im April hat der Rat den Kredit für die Generalunternehmer-Ausschreibung bewilligt. Diverse weitere Aspekte sind damals bereits diskutiert und in Form von Empfehlungen oder Anträgen behandelt worden. Aus dem abschliessenden Bericht seien folgende Punkte kurz erläutert. Betreffend Erschliessung: ursprünglich war ein Lift im Aussenbereich geplant, der aus Kostengründen aber gestrichen wurde. Als Provisorium war der Weg via Hohlegasse zum Eingang des Parkhauses und die Benützung des dortigen Aufzugs vorgesehen. Diese Variante ist jedoch für Rollstuhlfahrer/innen wegen des Gefälles unzumutbar, wie ein Praxistest ergab. Ein Lift ist jedoch absolut notwendig. Der Platz für Warenanlieferungen ist für übliche Lastwagen aus Sicht der BPK zu klein bemessen. Kleinlastwagen würden zu einer Verteuerung führen, ebenso das Umladen auf Kleinfahrzeuge. Daher die Empfehlung, eine Anpassung der Verhältnisse vorzunehmen. Was die Liegenschaft an der Hasenrainstrasse betrifft, muss eine Berichtigung bei Pt. 2.3 des BPK-Berichts angebracht werden: Wie die Verwaltung richtig stellt, soll die Parzelle neu aufgeteilt werden. Das Haus soll verkauft und der Erlös zur Finanzierung des Schlossackers verwendet werden. Beim heutigen Projekt ist vorgesehen, dass das Haus stehen bleibt. Baukommission und Stiftungsrat würden eine grosszügige Umgebungsgestaltung bis zur Hasenrainstrasse bevorzugen. Grossen Wert legt die BPK darauf, dass die im Bericht aufgeführten sieben Empfehlungen geprüft und möglichst umgesetzt werden. Die Mitglieder stehen geschlossen hinter den Anträgen 1 - 5. Grossmehrheitlich wird auch der Abbruch der Liegenschaft Hasenrainstrasse 89 befürwortet.

Eintreten:

SP: T. Rehmann: Die Verteilung der Zuständigkeit auf drei Träger, d. h. Gemeinde, Stiftung und Kanton, erschwerte die Entscheide erheblich. Ihre Fraktion unterstützt die BPK-Anträge, besonders auch den Einbau eines behindertengerechten Lifts. Der Warentransport sollte mit möglichst wenig Lastwagen erfolgen, allein wegen der engen Verhältnisse in der Hohlegasse. Den Verkauf der Liegenschaft zu Gunsten von mehr Grünfläche begrüsst ihre Fraktion.

FDP: M. Bolleter erklärt, dass seine Fraktion nach wie vor hinter dem Projekt steht. Ein behindertengerechter Zugang mit Lift ist zwingend erforderlich. Die Fachmeinungen bezüglich Lastwagen sind geteilt. Diese Frage muss unbedingt vor Baubeginn nochmals geprüft werden. Das Organigramm sollte jenem von Therwil angepasst werden. Was die Parzelle an der Hasenrainstrasse angeht, soll sie offenbar neu parzelliert werden. Die konkrete Umsetzung dieses Vorhabens ist aber unklar, ohne dass entweder der Fussweg oder der Kinderspielplatz tangiert werden. Der letzte Antrag soll daher zurückgestellt und die Angelegenheit nochmals eingehend auf ihre Machbarkeit hin abgeklärt werden. Den übrigen Anträgen wird seine Fraktion jedoch zustimmen.

Grüne/EVP: R. Bänziger verzichtet auf Wiederholungen von bereits Gesagtem. Sie fasst zusammen, dass ihre Fraktion die Anträge der BPK unterstützt, besonders den letzten betreffend Abbruch der Liegenschaft. Dass eine möglichst grosszügige Grünanlage und ein Kinderspielplatz - gemäss der ursprünglichen Vorlage - entstehen, ist ganz im Sinne der Grünen. Sie hofft, dass das Projekt reibungslos realisiert und die Kosten eingehalten werden können.

CVP: A. Achermann: Aufgrund von etlichen Vorentscheiden, z. B. Standortfrage usw. geht es heute darum, grünes Licht für den Bau des Schlossackers zu geben, was seine Fraktion überzeugt tut. Vorbehalte bestehen dennoch zu Ziffer 5 bezüglich Lift und speziell zu 6; ein Änderungsantrag wird in der Detailberatung gestellt. Aus Sicht der CVP soll die Liegenschaft zumindest vorläufig nicht abgebrochen werden. Bessere Kostensicherheit bei der Vergabe der Aufträge sollte erreicht werden, damit das geforderte Kostendach auch einhalten werden kann.

SVP: U.-P. Moos gibt als Vertreter seiner Fraktion bekannt, dass sie die Empfehlungen und Anträge der BPK gutheissen wird. Gespannt erwartet sie die Abklärungsergebnisse betreffend ein viertes Stockwerk. Wann sind diese zu erwarten? Bei den Empfehlungen ist der SVP die Projektorganisation analog Therwil ein wichtiges Anliegen; denn gewisse Querverbindungen zwischen Baukommis-

sion und Stiftung sind zu vermeiden. Zudem sind klare Verhältnisse bezüglich Verantwortlichkeit erforderlich. Bei einem 42 Millionen teuren Grossprojekt eines Alters- und Pflegeheims, gehört ein behindertengerechter Lift als absolute Selbstverständlichkeit dazu. Unglücklich ist auch, dass die Verwaltung erst nach Vorliegen des Kommissionsberichts mit zusätzlichen Informationen herausrückte. Zur Parzelle von gut 1000 m², welche im Finanzvermögen mit einem Buchwert von 1,7 Mio. aufgeführt ist, muss festgehalten werden, dass dieser Wert völlig utopisch ist, erst recht nach dem Bau des APH. Durch die verbaute Sicht erfährt das Haus eine Wertminderung. Der Gemeinderat hätte in seiner Vorlage diesen Umstand berücksichtigen und daher einen höheren Gesamtkredit dem Rat beantragen müssen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *H. Ernst* bestätigt, dass aus Kostengründen auf einen Lift und den Abbruch der Liegenschaft an der Hasenrainstrasse verzichtet wurde. Bekanntlich erwies sich das Projekt nach der Kostenschätzung als sehr viel teurer. Festzuhalten ist, dass das APH selbstverständlich über einen behindertengerechten Zugang und Lift verfügt, einzig jener zum Lift von der Hauptstrasse her wäre beschwerlich. Zu den Empfehlungen: Die Stiftung ist daran, das Organigramm und Anpassungen entsprechend Therwil zu prüfen. Der Rat wird bald informiert werden, ebenso über das Ergebnis der Abklärungen betreffend zusätzliches Stockwerk. Was die Zufahrt für Lastwagen anbelangt, so scheiden sich die Geister. Wegen der Schwerverkehrsabgabe stellen etliche Unternehmen vermehrt auf kleinere LKW um. Dieses Problem wird jedoch lösbar sein.

Gemeinderat M. Keller äussert sich zu den finanziellen Fragen, vorab zur Liegenschaft Hasenrainstrasse 89: Die Exekutive hat den Auftrag und die Kompetenz, nicht benötigte Liegenschaften im Finanzvermögen zu verkaufen, dies bis zu einem Betrag von 3 Millionen. Nachdem bekannt war, dass das APH 42 Mio. kosten wird, zielten die Überlegungen darauf ab, Einsparungen vorzunehmen. Eine Möglichkeit bietet sich mit dem Verkauf dieses Hauses an. Natürlich wäre es ideal, die ganze Fläche würde für den Park zur Verfügung stehen. In den Diskussionen mit der Stiftung vertrat der Gemeinderat die Haltung, dass das Projekt mit dem Erhalt der Liegenschaft weiterverfolgt werden soll. Deshalb hat der Architekt den Auftrag, einen Plan auszuarbeiten, wie die Gestaltung mit dieser Liegenschaft, aber auch mit dem Fussweg und einem Kinderspielplatz realisiert werden kann. Im Moment liegt dieser noch nicht vor. Daher ist eine klare Aussage unmöglich, ob die zur Liegenschaft gehörende Parzelle noch 1000 m² umfassen wird oder nicht. Die BPK stellt nun den Antrag auf Abriss der Liegenschaft. Es ist am Einwohnerrat, den Grundsatzentscheid zu fällen, ob er auf die Erlössumme von 1 bis 1,66 Mio. Franken verzichten will.

Detailberatung:

SP: V. Dubi wohnt in unmittelbarer Nähe des so genannten grosszügigen Parks. Davon kann keine Rede sein, vor allem wenn einmal der Komplex des APH gebaut sein wird. Was bleibt, ist so oder so maximal ein grosser Garten. Und auf diesen haben die Bewohner/innen ihres Erachtens Anrecht. Sie kann sich nicht vorstellen, wie ein Verkauf der Liegenschaft an einen Privaten möglich sein soll; denn der Privatgarten müsste wegen des serpentinenartigen Wegs mit einem Servitut belegt werden.

CVP: L. Metzger gibt zu bedenken, wenn auf den Hausverkauf verzichtet wird, bedeutet dies eine Abschreibung von 1,66 Mio. in der Erfolgsrechnung der Gemeinde, was knapp 2 Steuerprozenten entspricht. Wie schon der FDP-Sprecher sagte, ist dieser Schritt reiflich zu überlegen und eine separate Vorlage wert. Daher wird der entsprechende Antrag gestellt. In dieser Sache besteht kein Zeitdruck, ein sofortiger Verkauf kommt ohnehin nicht in Betracht.

SVP: U.-P. Moos ist erstaunt über dieses Argument und hält es nicht für richtig, dass der Einwohnerrat die Verantwortung für die 1,66 Mio. übernehmen soll. Diese Summe ist ohnehin unrealistisch. Sie dürfte eher rund 600'000 Franken betragen, welche im Fall eines Abbruchs der Liegenschaft nicht dem APH zufließen. Zu beachten ist überdies, dass eine kostspielige Totalsanierung unumgänglich wäre. Ein Käufer würde sie deshalb wohl abreißen lassen.

FDP: M. Bolleter kommt zurück auf das Votum von V. Dubi. Die Grünfläche ist in jedem Fall nicht sehr gross, unabhängig davon, wie viele Quadratmeter an die Liegenschaft Hasenrainstrasse gingen. Er plädiert dafür, in Anbetracht der Grösse des Projekts nun nicht kleinlich zu handeln und womöglich beim Kinderspielplatz Abstriche vorzunehmen. Persönlich zweifelt auch er, dass der Wert von 1,6 Mio. realistisch ist. Es geht dabei jedoch nicht um eine zusätzliche Ausgabe sondern um eine buchhalterische Umbuchung bzw. Abschreibung. Der Wert der Parzelle bleibt Binningen erhalten.

Grüne/EVP: R. Bänziger macht darauf aufmerksam, dass der Buchwert zwar mit 1,66 Mio. in der Rechnung aufgeführt wird, der Versicherungswert beträgt allerdings nur 713'000 Franken. Das Haus wurde 1937 gebaut und wie erwähnt, wird ein Teil des Areals wegfallen. Es wäre am falschen Ort gespart. Sinnvoller ist es, die Grünfläche ums APH zu vergrössern.

FDP: C. Fünfschilling hält es für besser, mit dieser Entscheidung und dem Antrag 6 so lange zuzuwarten, bis der von Gemeinderat Keller in Aussicht gestellte konkrete Plan des Architekten vorliegt. Da kein Zeitdruck besteht, muss nichts überstürzt werden.

SVP: U.-P. Moos hat die Parzellengrenze auf dem zur Verfügung stehenden Plan eingezeichnet. Die Abweichung dürfte höchstens 10 - 20 m² betragen. Der Beschluss kann s. E. heute gefällt werden.

FDP: S. Kaiser fasst zusammen, dass die Rede von 1,66 Mio. ist, die abgeschrieben werden müssten. Die Frage betreffend Grösse der Grünfläche hat keine Dringlichkeit. Zudem würde ihn persönlich ein von einem Fachbüro ausgearbeiteter Plan doch mehr überzeugen als jener von U.-P. Moos angefertigte.

EVP/Grüne: P. Buess gibt zu bedenken, dass wenn jetzt manche Mitglieder wegen der virtuellen 1,6 Mio. bereits kalte Füsse kriegen, sich die Frage eines vierten Stockwerks erübrigt. Dabei ginge es nämlich noch um eine viel grössere Dimension.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:**
- 1. Für Planung und Bau des Schlossackers, Zentrum für Wohnen und Pflege, wird ein Investitionsbeitrag von insgesamt CHF 13,01 Mio. zuzüglich teuerungsbedingte, in der Abrechnung nachzuweisende Mehrkosten bewilligt, der sich wie folgt zusammensetzt:**
 - CHF 9,2 Mio. für Planung und Bau des Alters- und Pflegeheims Zentrum Schlossacker
 - CHF 1,6 Mio. für die Planung des Alters- und Pflegeheims (vom Einwohnerrat bereits bewilligt).
 - CHF 1,21 Mio. für die räumliche Integration der Tagesstätte in das Zentrum Schlossacker
 - CHF 0,5 Mio. für die Erstellung des Aussenraums,
 - CHF 0,5 Mio. für die Erschliessung
 - 2. Zur Finanzierung der Übergangsarbeiten bis zur Betriebsöffnung wird ein zusätzlicher Beitrag an die Stiftung APH Binningen von CHF 0,5 Mio. bewilligt.**
 - 3. Die Gemeinde gibt die Parzelle Nr. 12 zu einem Baurechtszins von CHF 1.— pro Jahr an die Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen ab.**
 - 4. Die Anpassung des Strassennetzplans (gemäss Beilage 7 der GR-Vorlage vom 25.11.2008) wird beschlossen.**

Mit 36 Ja und 1 Nein wird beschlossen:

://: 5. Für die behindertengerechte Erschliessung des Neubaus ist ein Zugang vom Strassenniveau Hauptstrasse zum Haupteingang des Zentrums mit einem Lift zu realisieren.

://: Der Antrag der FDP auf Rückstellung von Antrag 6 der BPK und Unterbreiten einer separaten Vorlage wird abgelehnt. (14 Ja, 19 Nein bei 4 Enthaltungen)

Mit 23 Ja, 9 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 6. Die Liegenschaft Hasenrainstrasse 89 wird abgebrochen und die Parzelle für den Park mit Kinderspielplatz verwendet.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 53

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.4.2009:

Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 1,25 Mio. für Abwasserleitungsbauten an der Tiefengrabenstrasse

Eintreten:

SP: D. Gorba: Bei diesem Geschäft geht es um die Umsetzung einer Etappe des Generellen Entwässerungsplans. Seine Fraktion wird dem Kredit zustimmen, obwohl dieser sehr hoch ausfällt.

EVP/Grüne: P. Buess merkt an, dass auch seine Fraktion die Ausgabe genehmigen wird und eine Überweisung an die BPK nicht für notwendig hält.

SVP: C. Schaub: Der Einwohnerrat hat im 2004 bereits einem Planungskredit und im 2005 dem GEP zugestimmt. Seine Fraktion ist bereit, nun auch die anstehende Investition zur Realisierung zu genehmigen.

FDP: R. Moll hält die Kosten für gerechtfertigt. Dem Begehren wird grundsätzlich zugestimmt. Die Überweisung an die BPK erübrigt sich.

CVP: A. Achermann beabsichtigte den Antrag zu stellen, dass sich die BPK vorgängig mit dem Thema und den hohen Kosten befasst. Aufgrund der gefallenen Voten verzichtet er darauf. Die CVP wird das Begehren ebenfalls unterstützen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Mati* dankt für die Zustimmung. Tatsächlich handelt es sich um einen weiteren wichtigen Schritt zur Umsetzung des GEP in diesem und den folgenden zwei Jahren. Die hohen Kosten ergeben sich vor allem, weil der Grossteil der neuen Sauberwasserleitung im konventionellen Verfahren erstellt werden muss. Die Preise bewegen sich jedoch im dafür üblichen Rahmen. Dieses Jahr wird ein Teilstück von 90 Metern Sauberwasserleitung ausgeführt. Die Realisierung im Gebiet Tiefengraben ist wichtig. Sie trägt zur notwendigen Reduktion des Fremdwasseranteils, der Übergabewassermengen ins Kanalnetz von Basel und zur hydraulischen Entlastung des heute übermässig beanspruchten Mischwassersystems bei.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Für den Abwasserleitungsbau an der Tiefengrabenstrasse in drei Etappen 2009 bis 2011 wird eine Investitionsausgabe von CHF 1,25 Mio. bewilligt.

Traktandum 8**Gesch. Nr. 54**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:

Investitionsausgabe von CHF 580'000 für einen Generalplanerauftrag zur Sanierung der Sekundarschulanlage Spiegelfeld Nord und Aula

Eintreten:

CVP: S. Bräutigam: Ihre Fraktion unterstützt vollumfänglich die überfällige Sanierung der Schulanlage, welche wegen ihrer Mängel eine Zumutung für Schüler/innen und Lehrpersonen darstellt. Wegen der nach wie vor unklaren Verhältnisse bezüglich Übernahme der Anlage durch den Kanton soll das Geschäft aber vorab durch die Bau- und Planungskommission überprüft werden.

FDP: W. Müller: Das Schulhaus ist fast 50 Jahre alt und aufgrund seiner Architektur ein schützenswerter Bau. Im Jahr 2003 wurde eine Sanierung noch auf 3 - 4 Mio. Franken veranschlagt, danach veranlasste der Kanton eine Schätzung, welche bereits 5 Mio. ergab, jetzt belaufen sich die Kosten aufgrund der Submission mit einem Generalplaner zwischen 8 - 16 Mio. Gewisse Massnahmen, wie neue Fenster sind völlig unbestritten, doch stellen sich auch Fragen. Beispielsweise war Erdbebensicherheit schon damals beim Bau eine Auflage. Oft werden damit übertriebene Kosten begründet. Ab Sommer 2010 übernimmt der Kanton die Liegenschaft. Es ist deshalb fraglich, ob eine Planung sinnvoll ist. Letztere löst Kosten aus von 1,5 Mio. bzw. 580'000 Franken für Vor- und Bauprojekt sowie Kostenvoranschlag. Aus seiner Sicht kann dem beantragten Kredit nur zugestimmt werden, wenn der Kanton schriftlich die Rückerstattung zusichert und mit dem Projektumfang einverstanden ist. Seine Fraktion stellt daher den Antrag, diese Fragen in der BPK zu prüfen.

SP: B. Jost: Niemand will wohl bestreiten, dass eine Instandstellung dringendst notwendig ist und nicht länger hinausgeschoben werden kann. Wird die Angelegenheit auf das nächste Jahr bis zur Übernahme durch den Kanton hinausgezögert, so läuft Binningen Gefahr, dass das kantonale Amt der Sache keine Priorität einräumt. Der finanzielle Aufwand ist hoch und müsste unter die Lupe genommen werden. Da es derzeit nicht primär um bauliche Belange geht, würde ihre Fraktion eine Spezialkommission bevorzugen. Die Mehrheit wäre aber auch bereit, das Geschäft direkt zu beschliessen.

Grüne/EVP: A. Jagtap ist froh, dass die Vorlage nun auf dem Tisch liegt. Die Materie ist sehr komplex und soll daher von der BPK untersucht werden. Nun rächt es sich, dass die Gemeinde nicht schon längst gehandelt hat, weil jetzt das Schulhaus nach Vorgabe des Kantons saniert werden muss und sehr teuer zu stehen kommt. Im Hinblick auf die hohen Auslagen wäre ein Neubau vermutlich günstiger. Es bleibt zu hoffen, dass letztlich ganz klar ist, wer welche Kosten trägt. Vom Gemeinderat möchte man eine Erklärung auf folgende Frage: Auf Seite 4 des Jahresberichts steht der Satz zu lesen: *Weiter konnte der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit dem Kanton den Generalplanerauftrag für die Sanierung des Schulhauses Spiegelfeld Nord und die Aula ausschreiben.* Demnach wäre der vorliegende Beschluss bereits erledigt.

SVP: R. Ewald: Der Umfang der Sanierung zu Lasten der Gemeinde bis zur Übernahme durch den Kanton ist seiner Fraktion nicht klar. Die Kosten bewegen sich in einer extremen Bandbreite von 3 bis 16 Mio. Es stellen sich viele Fragen im Zusammenhang mit der Höhe des Kredits. Was muss absolut zwingend erneuert werden, was ist allenfalls nur wünschenswert. Die Überweisung an die BPK ist daher gerechtfertigt.

SP: T. Rehmann stellt den Antrag auf Zuweisung an eine Spezialkommission.

Stellungnahme des Gemeinderats: *N. Schwarz* bestätigt, dass eine Sanierung, nicht zuletzt aus ökologischen Gründen, so schnell wie möglich geschehen muss. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton ist sehr eng und es wurde mehrfach beteuert, dass die Gemeinde möglichst die zeitaufwändige Planung übernehmen soll. So lange die Anlage noch in Binnerer Besitz ist, ist eine Mitsprache und Einflussnahme gegeben. Bezüglich Kosten: Die grosse Bandbreite ergibt sich, weil das Bauwerk schützenswert ist. Um dennoch Minergiestandard zu realisieren, sind offenbar unterschiedlich teure Verfahren möglich. Wie viel der Kanton an die Projektierungskosten bezahlen wird, kann

heute noch nicht genau beziffert werden, und von dieser Seite wird kaum eine Garantie erhältlich sein. Die Übernahmeverhandlungen laufen jedoch intensiv und waren bisher sachlich und konstruktiv. Eine beiderseits befriedigende Lösung wird angestrebt. Weil es zwar auch, aber nicht nur um bauliche Aspekte geht, erachtet der Gemeinderat eine Spezialkommission als bessere Variante. Und zum von A. Jagtap zitierten Satz: Dabei muss es sich eindeutig um die Projektierung handeln und nicht um den Generalplanerauftrag.

SVP: U.-P. Moos möchte vom Gemeinderat erfahren, weshalb das Geschäft während Jahren ruhte und es jetzt dringend zu behandeln ist.

FDP: S. Kaiser hält fest, dass vom Kanton während Jahren Annuitäten geleistet worden sind, welche in Renovationen des Schulhauses flossen. Dieser Betrag hätte ausreichen müssen, um die Anlage in einem akzeptablen Zustand zu erhalten. Wie kommt es, dass die Sanierung bis zu 16 Mio. kosten wird? Die Frage, was konkret als werterhaltend oder wertsteigernd einzustufen ist, würde er gerne durch die BPK klären lassen. Er vermutet, dass der Kanton daran interessiert ist, dass Binningen möglichst viel der Kosten trägt.

Gemeinderätin N. Schwarz antwortet: Es trifft zu, dass die Sanierungsfrage schon seit Jahren ein Thema ist. Schuldzuweisungen führen allerdings auch nicht weiter. Tatsache ist, dass jeder Rappen aus der Kantonskasse für dringende Renovationen eingesetzt worden ist. Auch dem zuständigen Amt ist bewusst, dass diese Mittel äusserst knapp bemessen waren und für umfassendere Sanierungsmassnahmen niemals ausreichten.

Präsident A. Braun lässt primär über die Frage abstimmen, ob das Geschäft an eine Kommission gehen soll.

Grüne/EVP: R. Bänziger erkundigt sich, wie gross die vorgeschlagene Spezialkommission denn sein soll. Ihre Fraktion wäre gerne darin vertreten.

SP: B. Jost gibt bekannt, dass eine solche neun Mitglieder umfassen sollte.

Mit 32 Ja, 5 Nein wird beschlossen:

://: Das Geschäft geht an eine Kommission.

Präsident A. Braun stellt den Antrag zur Überweisung an die Bau- und Planungskommission jenem einer Spezialkommission gegenüber.

Mit 25 Ja : 12 Nein wird beschlossen:

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 38

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:

Formulierte Volksinitiative: Primarschule im Quartier

Eintreten:

FDP: P. Heiz erwähnt, dass sich seine Fraktion der Auffassung des Gemeinderats anschliesst und die Initiative ablehnt. Dabei geht es um den Weiterbestand der Primarschule im Spiegelfeld. Für ein paar Schüler/innen bedeutet die Verlegung der Primarklassen ins Mühlematt-Schulhaus ein etwas längerer jedoch zumutbarer Schulweg und das Überqueren der viel befahrenen Oberwilerstrasse. Die FDP bittet daher den Gemeinderat, das Anliegen der Schulwegsicherheit ernst zu nehmen und

geeignete Massnahmen, wie z. B. Einsatz von Kadetten oder Einrichten einer Lichtsignalanlage zu prüfen. Die Forderung der Initiative wird abgelehnt, weil sie als zu einschneidend erachtet wird. Auch gehört die Festlegung von Gebäudestandorten und -nutzungen nicht in die Gemeindeordnung.

CVP: S. Bräutigam schliesst sich dieser Argumentation an. Es wäre nicht vertretbar, bei Rückgang der Schülerzahlen, halbleere Schulhäuser unterhalten zu müssen. Das Konzept des Gemeinderats hält fest, dass die Kindergärten bei den Schulhäusern angesiedelt werden, wie dies bereits im Meiriacker und Neusatz realisiert wurde. Das ist nicht nur aus pädagogischen, betrieblichen und organisatorischen Überlegungen vernünftig sondern auch wegen des Angebots von vier Mittagstischen und im Hinblick auf HarmoS. Die Initianten stammen fast ausschliesslich aus dem Quartier Spiegelfeld. Weil dort in der Primarschule Platzmangel herrscht, müssen seit längerem Räume im Sekundarschulhaus hinzugemietet werden. Demgegenüber ist genügend Kapazität im Mühlematt vorhanden. Ihre Fraktion lehnt das Begehren ebenfalls ab.

Grüne/EVP: R. Bänziger: Die Begründung des Gemeinderats seiner Ablehnung der Initiative ist plausibel und wird unterstützt. Die Umsetzung der Forderung würde einen Zustand zementieren, der vermutlich schon in wenigen Jahren überholt wäre und mit hohem finanziellem Aufwand aufrechterhalten werden müsste. Ihrer Fraktion ist die Gleichbehandlung aller Quartiere wichtig, was im konkreten Fall nicht zutrifft, weil das Bruderholzquartier unberücksichtigt bleibt. Hingegen wird die Sorge der Eltern betreffend die gefährliche Überquerung der Oberwilerstrasse geteilt. Die vorhandene Ampel ist nicht ausreichend, eine Überführung ist als Alternative zu erwägen.

SVP: U.-P. Moos findet es legitim, dass Einwohner/innen für ihre Anliegen und Interessen von demokratischen Rechten Gebrauch machen. Als vom Volk gewählte Vertreter/innen sollten sich die Mitglieder des Einwohnerrats mit den Initianten auseinander setzen und nicht einfach die Meinung der Exekutive übernehmen. Deshalb stellt er den Antrag, dass eine Spezialkommission gebildet wird, welche sich mit dem Anliegen befasst.

SP: D. Migliazza verzichtet darauf, die Kontra-Argumente der Vorredner/innen zu wiederholen. Der Gemeinderat hat die Initianten angehört; es drängt sich keine Spezialkommission auf. Ihre Fraktion schliesst sich der Auffassung des Gemeinderats an. Die Schulwegsicherheit ist ihr jedoch ein grosses Anliegen; davon zeugt das heute eingereichte Postulat.

Stellungnahme des Gemeinderats: *N. Schwarz* hat absolut Verständnis für das Problem der Sicherheit des Schul- bzw. Kindergartenwegs und nimmt es ernst. Verschiedene Massnahmen sind in Abklärung. Zum Thema Verkehr müsste jede/r das eigene Mobilitätsverhalten hinterfragen, weil alle einen Beitrag zur Reduktion leisten können. Im Zusammenhang mit der Schule sind immer wieder gelegentlich Anpassungen aufgrund der Demografie vorzunehmen.

SVP: C. Schaub gibt bekannt, dass seine Fraktion den Antrag auf eine Spezialkommission zurückzieht.

Detailberatung: entfällt

Mit 31 Ja, 3 Nein bei 3 Enthaltung wird beschlossen:

://: Die kommunale formulierte Volksinitiative, Primarschule im Quartier, wird abgelehnt.
--

Traktandum 10

Diverses

Gemeinderätin H. Ernst: Im letzten Herbst hat das Parlament Investitionsausgaben für die Stiftung Kinderbetreuung zugestimmt. Erfreulicherweise konnten inzwischen zusätzliche ideale Räumlichkeiten für eine weitere Betreuungsgruppe von zehn Kindern gefunden werden, und zwar über der ehemaligen Garage Ruf an der Hauptstrasse. Als Garten zum Spielen kann derjenige des Tagesheims in unmittelbarer Nähe mitgenutzt werden. Der Einzug wird im August erfolgen.

Gemeindepräsident C. Simon kann über Fortschritte zum hängigen Postulat, Einführung einer Regio-Gewerbeparkkarte berichten. In der Arbeitsgruppe sind zwei Varianten in Diskussion: einerseits wird die technische Machbarkeit einer Parkkarte für die basellandschaftlichen Vorortsgemeinden geprüft; in einem zweiten Schritt wird eine bikantonale Gewerbe-Parkkarte angestrebt, welche auch Basel-Stadt einschliesst.

Präsident A. Braun verabschiedet die vier austretenden Ratsmitglieder. Sabina Cron war während neun Jahren in der FDP-Fraktion im Binniger Parlament und wurde im Jahr 2000 gleich auch in die Bau- und Planungskommission gewählt, wo sie ihre Erfahrung einbrachte. Zudem war sie ein Jahr lang Stimmzählerin. Dem Sekundarschulrat bleibt sie jedoch erhalten.

Barbara Gürler war zweimal im Einwohnerrat, nämlich von 2000 - 2002 und jetzt wieder seit 2005. Sie beabsichtigt, von Binningen wegzuziehen. Sie vertrat die Fraktion der Grünen in der Spezialkommission für das Parkraumreglement sowie jener für die Einführung einer Tagesschule. Im vergangenen Amtsjahr war sie zudem Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Ihr soziales Engagement war stets in ihren Voten spürbar.

Seit zwölf Jahren war Esther Kohl Seyfert aktives Mitglied des Einwohnerrats als Vertreterin der SVP. Es ergibt sich eine stattliche Liste an Ämtern, die sie inne hatte. Sie rückte im Oktober 1997 an Stelle von Josef Bieli nach. Ab März 1998 wurde sie Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, der heutigen GRPK. Während drei Jahren war sie auch Fraktionspräsidentin und zudem in nicht weniger als vier Spezialkommissionen tätig. Im 2005/06 wurde sie Vizepräsidentin, im 2006/07 Ratspräsidentin. Von ihrer reichen politischen Erfahrung hat der Einwohnerrat profitiert; die Kontaktpflege zu allen Fraktionen war ihr stets ein Anliegen.

Stephan Zürcher trat im Juli 2000 sein Mandat an. Seither war er Mitglied der GRPK sowie seit Juli 2003 Fraktionspräsident der SP. Ein Charakteristikum von ihm ist sein kühler Kopf, sein Humor aber auch seine pointierten Voten.

Die Demission der vier Ratsmitglieder bedeutet einen herben Verlust. Für ihre Tätigkeit dankt er und wünscht allen für die Zukunft das Beste.

Zum Abschluss seines Präsidialjahrs bedankt er sich bei allen Ratsmitgliedern und der Verwaltung für die aktive Unterstützung.